

Berthold, Norbert; Brunner, Alexander

Working Paper

Gibt es ein europäisches Sozialmodell?

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 100

Provided in Cooperation with:

Chair of Economic Order and Social Policy, Julius Maximilian University of Würzburg

Suggested Citation: Berthold, Norbert; Brunner, Alexander (2007) : Gibt es ein europäisches Sozialmodell?, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 100, Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Würzburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/32480>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Gibt es ein europäisches Sozialmodell?

**Norbert Berthold
Alexander Brunner**

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge
des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre,
insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik
Prof. Dr. Norbert Berthold

Nr. 100

2007

Sanderring 2 • D-97070 Würzburg

Gibt es ein europäisches Sozialmodell?

Norbert Berthold
Alexander Brunner

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik

Sanderring 2

D-97070 Würzburg

Tel.: 0931-312925

Fax: 0931-312774

Email:

norbert.berthold@uni-wuerzburg.de
alexander.brunner@uni-wuerzburg.de

1 Einleitende Bemerkungen

Die Globalisierung wirft ihren Schatten über Europa. Aufstrebende Länder wie China oder Indien treten in Konkurrenz zu den Wirtschaftsnationen der „alten Welt“. Neben der Integration der weltweiten Märkte und dem technischen Fortschritt als eher exogene Faktoren existieren weitere hausgemachte Herausforderungen wie die demographische Entwicklung, welche Politik und Bürger zu Reformen des Sozialstaats zwingen.¹ Die europäischen Sozialstaaten wirken hierbei sowohl als Puffer vor wirtschaftlichen Härten und gewachsener Unsicherheit,² als auch als Katalysatoren dieser Bedrohungen, so dass das „europäische Sozialmodell“ ins Wanken gerät. Diese Herausforderungen führen zu emotionalen Diskussionen in Öffentlichkeit und Medien, sowie vielfältigen Forschungsaufgaben in der Wissenschaft. Um an frühere Erfolge anknüpfen zu können, ist es notwendig, alte und vermeintlich „bewährte“ Institutionen zu hinterfragen und verkrustete Strukturen aufzubrechen. In den Brennpunkt der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion rückt das „europäische Sozialmodell“.

Auch wenn der Begriff „europäisches Sozialmodell“ einen festen Bestandteil der politischen Rhetorik darstellt, so ist dieser unscharf und irreführend. Sowohl die historische Entstehung, als auch die institutionelle Ausgestaltung der Sozialstaaten unterscheiden sich in den europäischen Ländern. Daher liegt die Vermutung nahe, dass es mehrere Typen von Sozialmodellen gibt.³ Ein Befürworter „eines“ europäischen Sozialmodells muss deshalb darlegen, ob er damit eine Angleichung der verschiedenen Modelle meint, oder die Beibehaltung des jeweiligen Modells eines Staates. Ob ersteres wünschenswert ist, ist zumindest zweifelhaft. Vielfalt bedeutet Wettbewerb. Somit wäre eine politisch auf supranationaler Ebene gegen den Willen einzelner Länder erzwungene Konvergenz nicht wünschenswert.⁴ Stattdessen sollte der Wettlauf der Staaten über die Hürden der Globalisierung entscheiden, welches Modell den anderen überlegen ist.⁵ Der Erfolg wird dabei durch zwei Zielparameter bestimmt: Effizienz und Gerechtigkeit. Über die Gewichtung dieser Parameter entscheidet die politische Präferenz. Nur wenn Dominanz in beiden Bereichen vorliegt, kann ein einzelnes Sozialmodell den anderen als insgesamt überlegen angesehen werden.

Jedoch selbst wenn ein „überlegenes Sozialmodell“ gefunden wird, behält der institutionelle Wettbewerb seine Berechtigung. Überlegenheit ist nicht statisch. Geänderte Präferenzen und

¹ Vgl. Lindbeck (2001), S. 3; Rodrik (1997), S. 79-80.

² Vgl. Rodrik (1997), S. 57-60.

³ Vgl. Sapir (2005a) S. 1; Esping-Andersen (1989) S. 20-22; Boeri (2002), S. 2-3.

⁴ Vgl. Berthold und Neumann (2006); Rodrik (1997), S. 80-81.

⁵ Vgl. Boeri (2002), S. 2.

Normen, Fortschritte in Bereichen der privaten Versicherung und eine unendliche Anzahl weiterer Entwicklungen in den und um die Ökonomien Europas forderten und fordern eine Weiterentwicklung bestehender Modelle. Zudem stellt der Wettbewerb selbst eine Triebfeder für effizientere Sozialstaaten dar.⁶ Solange es verschiedene Modelle in Europa gibt, haben die Bürger eines Landes die Möglichkeit, mit den Füßen abzustimmen. Folglich werden einerseits erfolgreichere Modelle mehr Leute anziehen und somit die Politiker disziplinieren. Andererseits können verschiedene Sozialmodelle mehr Präferenzen befriedigen als ein einziges: dezentrale Lösungen führen zu einer größeren Wahlmöglichkeit. Ziel dieses Papiers ist es, die Aufgaben der Sozialstaaten zu eruieren und deren Erfolge miteinander zu vergleichen.

2 Felder des Sozialstaats

2.1 Wirtschaftliche Unsicherheit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Wirtschaftliches Handeln ist immer mit Unsicherheit verbunden. Individuelle Entscheidungen führen nie mit Sicherheit zum gewünschten Ergebnis. Dies trägt dazu bei, dass sich der Einzelne einem unsicheren und un stetigen Strom an Einkommen und Konsum gegenüber sieht. Diese Unsicherheit hat durch die globalisierte Welt zugenommen.⁷ Steigender Wettbewerbsdruck führt zu einer höheren Bereitschaft der Unternehmen, ihre Produktion zu verlagern. Wo früher noch eine gewisse Verhandlungsmasse zwischen den Tarifpartnern aufgeteilt werden konnte, sind heute gerade in Branchen, in denen sich die Arbeiter besonders intensiv der weltweiten Konkurrenz ausgesetzt sehen, kaum noch Renten zu verteilen. Gerade für niedrig qualifizierte stehen die Chancen schlecht: Sie konkurrieren mit den Arbeitnehmern in Asien und Osteuropa. Offener Kapital- und Finanzmärkte ermöglichen eine schnellere und effizientere Ressourcenallokation. Entsprechend hat die Elastizität der Arbeitsnachfrage, insbesondere für diese Qualifikationen zugenommen.⁸ Wirtschaftliche Schwankungen und Innovationen führen schneller zu unternehmerischem Handeln. Die Verteilungsspielräume am Markt sind aufgebraucht, die Unsicherheit schlägt auf den Arbeitnehmer durch. Arbeitslosigkeit und der entsprechende Einkommens- und Konsumverzicht ist für viele eine reale Gefahr geworden. Zwar bedeutet der strukturelle Wandel Hoffnung, jedoch muss der Einzelne mit größeren Schwankungen rechnen.

Auch die anderen Wechselfälle des Lebens sind von größeren Unsicherheiten betroffen. Die demographische Entwicklung der europäischen Länder stellt die zukünftige Gesundheits- und

⁶ Vgl. Boeri (2002), S. 2.

⁷ Vgl. Rodrik, D. (1997), S. 19-23; Rodrik (1998), S. 21-23.

⁸ Vgl. Rodrik, D. (1997), S. 16-17.

Altersvorsorge auf eine harte Probe.⁹ Eine erhöhte Lebenserwartung führt zu einer größeren Spanne des Lebens, für die während der Berufstätigkeit vorgesorgt werden muss. Neben den normalen Lebenshaltungskosten muss für diese Zeitspanne auch mit der Möglichkeit höherer medizinischer Kosten und teurem Pflegebedarf gerechnet werden. Diese erhöhte Unsicherheit über die Wechselfälle des Lebens führt zu einer verstärkten Nachfrage nach Schutz. Dieser Bedarf besteht zum einen in der Forderung nach „sozialer Sicherheit“ und zum anderen nach „sozialer Gerechtigkeit“.

Ersteres bezieht sich insbesondere auf die Unsicherheit, der sich der einzelne gegenüber sieht. Hierbei spielt der Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle: Der Verlust des Arbeitsplatzes soll abgemildert, oder gar verhindert werden. Dass ein Staat letzteres nicht gewährleisten kann und sollte, muss in Hinblick auf die ökonomischen Realitäten akzeptiert werden. Daher besteht die Aufgabe des Staates darin, die Härten eines Jobverlustes zu begrenzen und die geeigneten Rahmenbedingungen zu setzen, dass nicht nur Arbeitsplätze vernichtet, sondern auch neue geschaffen werden. Jeder Versuch den Status Quo zu zementieren, führt später zu noch größeren Verwerfungen. Die Globalisierung ändert daran nichts. Sie ist lediglich *„der Scheinwerfer, der die Schwachstellen grell beleuchtet.“*¹⁰ Sicherheit kann demnach nur für eine gewisse Zeit gewährt werden. Diese Aufgabe ist jedoch nicht zu unterschätzen. Des Weiteren gewinnt auch der Begriff der sozialen Gerechtigkeit zunehmend an Bedeutung. Die Bekämpfung von Armut als breit anerkanntes wirtschaftspolitisches Ziel ist nicht vollständig gelungen. Verbunden mit einer immer größer werdenden Schere in der Einkommensverteilung, wird es immer schwerer vermittelbar, dass Globalisierung ein Positiv-Summenspiel ist. Jedoch sind in diesem Bereich die Präferenzen deutlich unterschiedlich. Auch wenn in den USA die Einkommensschere noch deutlich größer ist, als dies in Europa der Fall ist, wird diese Entwicklung dort als nicht ganz so ungerecht angesehen wie in Europa. Die Einstellung zur Ungleichheit ist eine andere.¹¹

2.2 Bereitstellung von sozialer Sicherheit durch den Markt ist effizient

Soziale Unsicherheit stellt üblicherweise ein Risiko hinsichtlich Gesundheitskosten, Pflegebedarf, Versorgung im Alter und dem Verlust des Arbeitsplatzes dar. Eine entsprechende Versicherung kann meistens durch den Markt bereit gestellt werden. Dies ist sicherlich nicht immer effizient möglich, da asymmetrische Informationen das Ent- und Bestehen privater

⁹ Vgl. Europäische Kommission (2005), S. 10-11.

¹⁰ Europäische Kommission (2005), S. 10.

¹¹ Vgl. Alesina und Glaeser (2004), S. 183-216.

Versicherungen behindern kann. Die Möglichkeiten dieser Probleme Herr zu werden sind durch moderne Methoden der Datenverarbeitung und Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der Versicherungsmathematik in den letzten Jahren gewachsen. Offene Finanzmärkte erlauben eine breite Diversifikation über Nationen hinweg auf globaler Ebene. Dies bestärkt den Markt in der Möglichkeit, Sicherheit bereit zu stellen.¹² Viele Bereiche der sozialen Sicherung sind daher auch als Marktlösung möglich.¹³ Dies gilt insbesondere auch für Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Der Eingriff des Staates hat nur noch in wenigen Gebieten seine Berechtigung. Eine private Bereitstellung der Arbeitslosenversicherung dürfte aus verschiedenen Gründen problematisch werden.¹⁴ Im Bereich der Kranken- und Rentenversicherung, sollte der Staat jedoch generell dem Markt den Vortritt lassen.¹⁵ In Einzelfällen könnte ein staatlicher Eingriff weiterhin nötig sein, um beispielsweise größere Epidemien, wie eine Ausbreitung der Vogelgrippe, zu verhindern. Jedoch ändern auch diese bedeutenden Ausnahmen nichts an der Grundaussage.

Falls die Bereitstellung der sozialen Sicherungsleistung aus privater Hand bewirkt, dass nur ein gewisser Teil der Bevölkerung Versicherungsschutz genießt, könnte dort im Einzelfall gegengesteuert werden. Einzelne Unzulänglichkeiten des Marktes sind jedoch kein hinreichender Grund die Marktlösung komplett abzulehnen. Die Zeiten des Sozialstaats als größtes Versicherungsunternehmen sind abgelaufen. Eine Privatisierung könnte Effizienzgewinne heben und die Umverteilung aus den Sozialversicherungen heraus nehmen. Diese Umverteilungen stellen immer noch den größten Hemmschuh für eine effiziente Versicherung dar. Von der Einführung des Äquivalenzprinzips könnten die Bedürftigen sogar mit am Meisten profitieren, denn die Umverteilung in den Sozialversicherungen ist pervertiert. Es wird zumeist nicht zugunsten derer umverteilt, die Unterstützung am meisten benötigen. Daher sollte diese intransparente Art der Umverteilung den Politikern aus den Händen genommen werden. Sozialversicherungen sollen versichern, nicht umverteilen. Externe Effekte können durch Versicherungspflichten internalisiert werden. Ein beidseitiger Kontrahierungszwang könnte in vielen Bereichen verhindern, dass adverse Selektion stattfindet und dass die privaten Versicherungen „Rosinen picken“ und schlechte Risiken in eine staatliche Auffangversicherung abschieben.

¹² Vgl. Andersen (2003), S. 12-16.

¹³ Vgl. Tanzi und Schuknecht (2000), S. 190-202; Börsch-Supan und Winter (2000);

¹⁴ Vgl. Berthold und Berchem (2004).

¹⁵ Vgl. Tanzi und Schuknecht (2000), S. 190-202.

2.3 Bereitstellung von sozialer Gerechtigkeit

Bei der Bereitstellung des Gutes „soziale Gerechtigkeit“ liegen die Vorteile eher auf Seiten des Staates. Gerade bei der inter-personellen Umverteilung, also der Umverteilung von reich zu arm, ist davon auszugehen, dass dem Staat diese Aufgabe zufallen sollte. Die Vermeidung von Armut hat den Charakter eines öffentlichen Gutes, da zwar der Bedarf besteht, diese zu vermeiden, aber andererseits für den Einzelnen ein Anreiz besteht, Trittbrett zu fahren. Weil sowohl aus altruistischen Motiven, als auch zur Wahrung des sozialen Friedens ein originäres Interesse der Reichen daran besteht, dass Umverteilung in einem gewissen Rahmen stattfindet, wird diese Aufgabe weitestgehend anerkannt.¹⁶ Jedoch bleiben diese Maßnahmen, auch wenn sie gewünscht sind, nicht ohne Kosten. Umverteilung sorgt für Effizienzverluste auf der Seite der Transferegeber genauso wie auf Seiten der Transfernehmer. Diese Effizienzverluste sind jedoch durchaus abhängig von der Ausgestaltung der Systeme, über welche die Umverteilung kanalisiert wird.¹⁷ Die Höhe der Umverteilung ist daher nur ein unzuverlässiger Indikator, wie groß die entstehenden Effizienzverluste sind. Dies ist auch einer der Gründe, weshalb es regelmäßig an einer empirischen Evidenz für einen Trade-Off fehlt und die Gründe hierfür kontrovers erörtert werden.¹⁸

Die Vermeidung von Armut wird in jedem Fall als so wünschenswert angesehen, dass Effizienzverluste dafür in Kauf genommen werden. Eine Einigkeit besteht jedoch nur über das grundsätzliche Ziel, bei der Armutsdefinition scheiden sich jedoch, ob der zahlreichen Definitionsmöglichkeiten, die Geister.¹⁹ In der praktischen Messung hat sich es jedoch durchgesetzt, das Haushaltäquivalenzeinkommen mit dem medianen Äquivalenzeinkommen zu vergleichen. Liegt ersteres unter einem gewissen Prozentsatz des zweiten, wird von Armutsrisiko gesprochen.²⁰ Da Armut viele Dimensionen hat, ist es angemessen von einem Risiko zu sprechen, weil bei einem geringen Haushaltseinkommen zu erwarten ist, dass die Gefahr für diesen Haushalt groß ist, wirtschaftlich und sozial ausgegrenzt zu sein. In diesem Papier wird jedoch die finanzielle Armut betont. Für eine ausführliche Diskussion der Armutsdimensionen sei beispielsweise auf *Atkinson et. al. (2002)* verwiesen.

¹⁶ Vgl. Lindbeck (2006), S. 4.

¹⁷ Vgl. Lindert (2003), S. 2-3; Linbeck (2006), S. 15-16.

¹⁸ Vgl. Lindert (2003), S. 2; Bergh (2006a); Bergh (2006b); Bergh (2006c); Lindert (2004a); Lindert (2004b); Lindert (2006a); Lindert (2006b).

¹⁹ Vgl. Hangenaars und de Vos (1988); Atkinson et. al. (2002), S. 14.

²⁰ Vgl. Atkinson et. al. (2002), S. vii, 16, 78-80.

Neben dem Armutsaspekt wird auch in der zunehmenden Einkommensspreizung ein größeres Problem gesehen, bzw. diese Entwicklung werturteilsfrei festgestellt.²¹ Diese zunehmende Ungleichheit ist zwar aus normativen Gründen als problematisch anzusehen, jedoch wird wegen der drohenden gesellschaftlichen Verwerfungen auch in der Wissenschaft dieser Aspekt aufmerksam betrachtet. Aufgrund des empirischen Zusammenhangs zwischen Armutsvermeidung und Gleichheit, kann jedoch davon ausgegangen werden, dass bereits über die Armutsvermeidung ein gewisses Maß an Gleichheit erreicht werden kann (Vgl. Abbildung 1). Somit kann über die Armutsvermeidung als politisch akzeptiertes Ziel auch der Bedarf an Gleichheit zumindest zum Teil erfüllt werden.

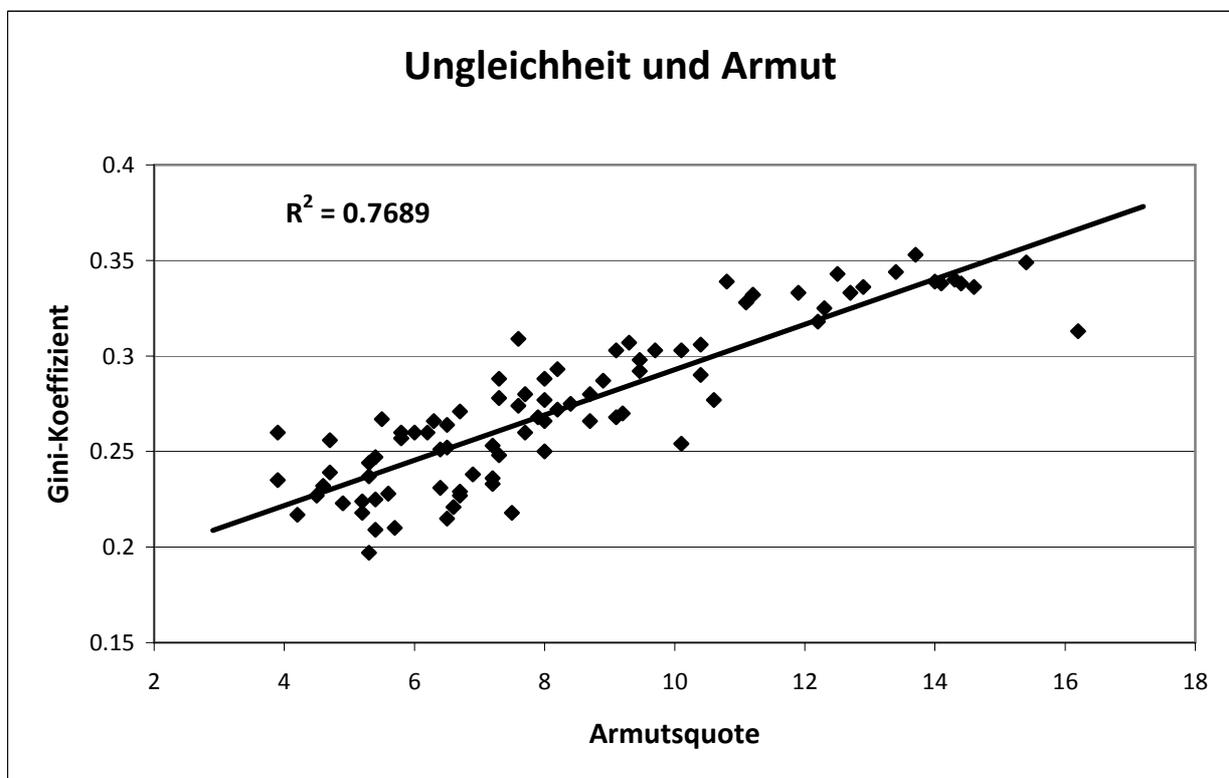


Abbildung 1: Der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Armut²²

Auch der regionalen Entwicklung der Einkommensverteilung kommt eine wesentliche Bedeutung zu. Trotz zunehmender Integration der europäischen Union gibt es weiterhin einen großen Unterschied zwischen den Regionen (Vgl. Abbildung 2). Die europäische Strukturpolitik und die nationalen Bemühungen konnten diese nicht nivellieren.²³ Auf Länderebene hat im BIP pro Kopf zwar eine Konvergenz stattgefunden, jedoch sind innerhalb der verschiedenen Länder die Divergenzen gewachsen.

²¹ Vgl. Atkinson (2003).

²² Quelle: LIS. Die Armutsschwelle liegt bei 50% des medianen Äquivalenzeinkommens. Es wurden für diese Analyse alle Zeitpunkte für alle westeuropäischen Länder genutzt.

²³ Vgl. Berthold und Neumann (2005); Berthold, Neumann und Zenzen (2007), S. 12-16.

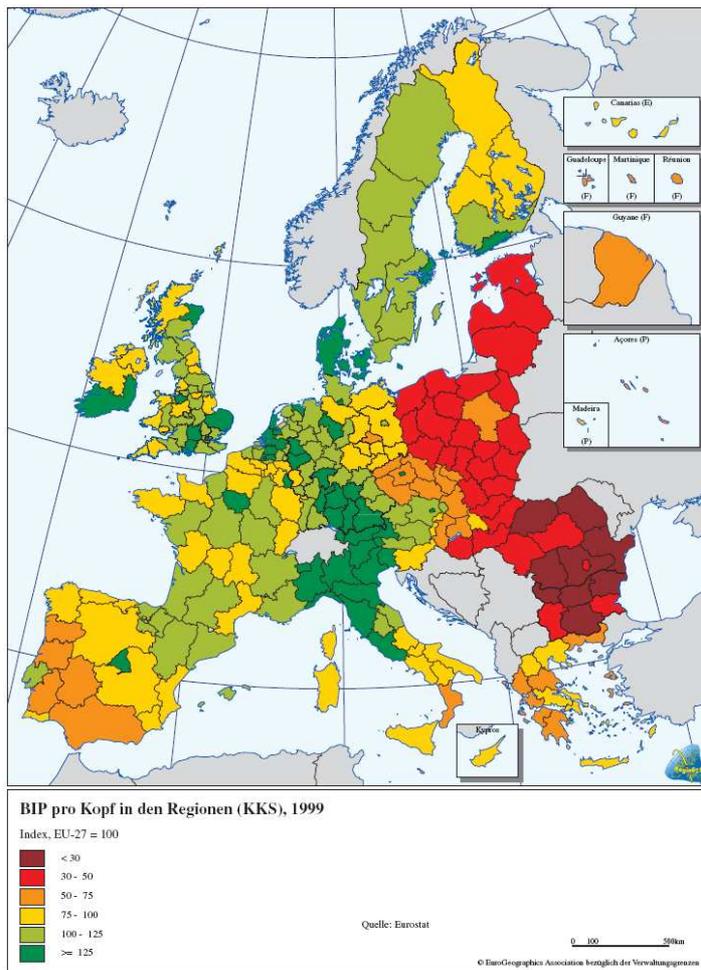


Abbildung 2: Reichtum in Europa²⁴

Die Wirkungslosigkeit der Regionalpolitik wird insbesondere am Beispiel Deutschland offensichtlich. Zwar kam es nach der Wende in den neuen Bundesländern zu einem Boom, jedoch ebte diese Entwicklung trotz weiter fließender Transfers ab. Der eigentliche Sinn der Regionalpolitik, die Förderung der effizienten Faktorallokation, wird nicht erfüllt, es handelt sich oftmals um reine Umverteilungsmaßnahmen.²⁵ Auch die Armut in den neuen Bundesländern ist nicht gesunken. Dies mag auch nicht verwundern, da bei einer regionalen Umverteilung nicht zielgerichtet bedürftigen Menschen geholfen wird, sondern Regionen. Flankiert wird diese Umverteilung durch den horizontalen Länderfinanzausgleich, der auf Seite der Geber- und Nehmerländer negative Anreize setzt. Gebracht hat diese Umverteilungssorgie jedoch nichts.²⁶ Besonders schädlich ist, weiter dass Umverteilungen und Quersubventionierungen meistens die Tendenz haben, alte Strukturen zu erhalten. Regionen sind arm, weil sie sich

²⁴ Quelle: Europäische Kommission

²⁵ Vgl. Pflüger und Südekum (2005).

²⁶ Vgl. Berthold und Fricke (2007).

nicht an die neuen Herausforderungen angepasst haben. Die Strukturen, die für diese Malaise verantwortlich sind, werden künstlich erhalten. Der regionale Aufstieg wird verhindert. Die Strukturförderungen der EU wirken letztlich wie eine Heroinspritze auf einen Drogenabhängigen: langfristig würde er gerne darauf verzichten, kurzfristig kämpft er verbittert um den nächsten (Zu-)Schuss. Somit sollte der Versuch regionaler Umverteilung aufgegeben werden. Regionale Förderung sollte allein dem Markt und der Effizienz dienen, Umverteilung sollte sich auf die Vermeidung von Armut konzentrieren.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Existenz eines Sozialstaats durchaus seine Berechtigung findet, dessen Aufgabenfeld jedoch auch streng abgegrenzt werden muss. Insbesondere die Bereitstellung von sozialer Gerechtigkeit fällt in seine Kernkompetenz. Somit bleibt zu erörtern, auf welche Weise diese Aufgabe am effizientesten bewerkstelligt werden kann.

3 Welten des Sozialstaats

3.1 Vielfalt statt Einfalt der europäischen Sozialmodelle

Die europäischen Länder treten in ihrem Versuch, Gerechtigkeit und Sicherheit zu gewährleisten mit verschiedenen Strategien an. Die Vorstellung „eines europäischen Sozialmodells“ ist grundlegend falsch – vielmehr existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen Sozialmodellen in Europa.²⁷ Die Unterschiede sind sowohl in der historischen Entwicklung, als auch in einem unterschiedlichen Staatsverständnis verankert. Jedoch lassen sich Regelmäßigkeiten erkennen. Diese Überlegungen führten zu einem ersten Versuch der Typologisierung durch *Esping-Andersen*²⁸. Dieser unterteilte die Sozialstaaten in drei verschiedene „Welten“. Jedoch ist diese Unterteilung nicht mehr aufrecht zu erhalten.²⁹ Stattdessen wird in der Literatur nun eher eine Einteilung in vier „Welten“ favorisiert.³⁰

Welt	Stellvertreter
Nordisch	Schweden, Finnland, Dänemark, Norwegen
Angelsächsisch	Großbritannien, Irland
Kontinental	Deutschland, Frankreich, Österreich, Benelux-Länder, Schweiz
Mediterran	Italien, Spanien, Portugal, Griechenland

Tabelle 1: Europäische Welten der Sozialmodelle³¹

²⁷ Vgl. Sapir (2005a), S. 1.

²⁸ Vgl. u.a. Esping-Andersen (1989), Esping-Andersen (1990).

²⁹ Vgl. Tiemann (2006).

³⁰ Vgl. Ferrara (1998), Bertola et. al. (2001), Boeri (2002), Sapir (2005a), Sapir (2005b).

³¹ Eigene Darstellung in Anlehnung an Ferrara (1998), S. 85-87.

Hierbei wird zwischen den „Nordischen“, den „Kontinentalen“, den „Angelsachsen“ und den „Mediterranen“ unterschieden (Vgl. Tabelle 1). Die **Nordischen (Skandinavien)** zeichnen sich durch eine starke sozial-demokratische Orientierung aus.³² Die gewährten Leistungen werden universell gewährt und durch das Steuersystem finanziert. Bereitsteller ist der Staat, die Zielgruppe ist ein breiter Teil der Bevölkerung bis weit in die Mittelschicht. Ein weiteres Kennzeichen ist die geringe Bedürftigkeitsprüfung, was bedeutet, dass der Sozialstaat auch Leistungen erbringt, wenn der Einzelne dieser nicht unbedingt bedarf. Im starken Kontrast dazu stehen die **Angelsachsen (Liberale)**, welche liberal orientiert sind und dem Markt den Vortritt lassen.³³ Kennzeichnend sind die geringen Transfers, die zielgerichtet zur Armutsbekämpfung gestaltet sind. Zwar sind die Leistungen vom Grundcharakter auch universell, jedoch sind damit eine relativ strenge Bedürftigkeitsprüfung und eine Stigmatisierung verbunden. Zielgruppe des Sozialstaats ist somit die Gruppe der Armen, von der Mittelklasse wird die Selbstvorsorge über den Markt erwartet. Die **Kontinentalen (Korporatisten)** zeichnen sich durch einen korporatistischen Charakter aus.³⁴ Die Transfers sind fragmentiert, es gibt für die verschiedenen Bevölkerungsschichten unterschiedliche Systeme, was in Deutschland beispielsweise bei der Diskrepanz der Altersversorgung von Beamten und Angestellten in den Vordergrund tritt. Die Betonung liegt hier auf beitragsfinanzierten Sozialversicherungssystemen. Leistung und Beitrag orientieren sich am Einkommen, auch wenn eine großzügige intransparente Umverteilung systemimmanent ist. Die **Mediterranen** waren bei der ursprünglichen Einordnung von *Esping-Andersen* den Korporatisten zugeordnet.³⁵ Jedoch unterscheiden sich diese Länder oftmals durch die Einführung gewisser universeller Elemente auf Ebene der Krankenversicherung, weshalb sie eine Gruppe eigener Art darstellen.³⁶ Darüber hinaus besteht sowohl auf Leistungs-, als auch auf Beitragsseite eine sehr starke Fragmentierung. Klientelpolitik, Betrug und Steuerhinterziehung sind nicht ungewöhnlich. Leistungen sind nicht nur an verschiedene Schichten der Bevölkerung, sondern oftmals stark an die verschiedenen Berufsstände geknüpft.

³² Vgl. Ferrara (1998), S. 85; Esping-Andersen (1990), S. 27-28; Korpi und Palme(1998), S. 22-23.

³³ Vgl. Ferrara (1998), S. 85; Esping-Andersen (1990), S. 26-27; Korpi und Palme(1998), S. 22.

³⁴ Vgl. Ferrara (1998), S. 85-86; Esping-Andersen (1990). S. 27.

³⁵ Vgl. Esping-Andersen (1990), S. 27.

³⁶ Vgl. Ferrara (1998), S. 86-87.

Prozent am BIP:	Steueraufkommen	Sozialleistungsquote
Nordische	58.50	28.23
Kontinentale	48.20	26.57
Mediterrane	40.55	22.95
Liberale	36.15	20.60

Tabelle 2: Größe des Staates³⁷

Kennzeichnend für die verschiedenen Sozialstaatsmodelle ist allgemein die finanzielle Ausstattung des Staates (Vgl. Tabelle 2). Sowohl bei dem gesamten Steueraufkommen, als auch bei der Sozialleistungsquote existieren deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Welten. Dies sind zwar nur unzureichende Indikatoren für die Sozialmodelle,³⁸ jedoch bieten sie einen geeigneten ersten Anhaltspunkt. Auch bei Betrachtung der Ausgaben für den Sozialschutz ist zwischen den vier Welten weiterhin ein deutlicher Unterschied festzustellen (Vgl. Abbildung 3). Eine Angleichung der Sozialausgaben bzw. der Größe des Sozialstaats hat nur in einem sehr geringen Umfang stattgefunden.³⁹

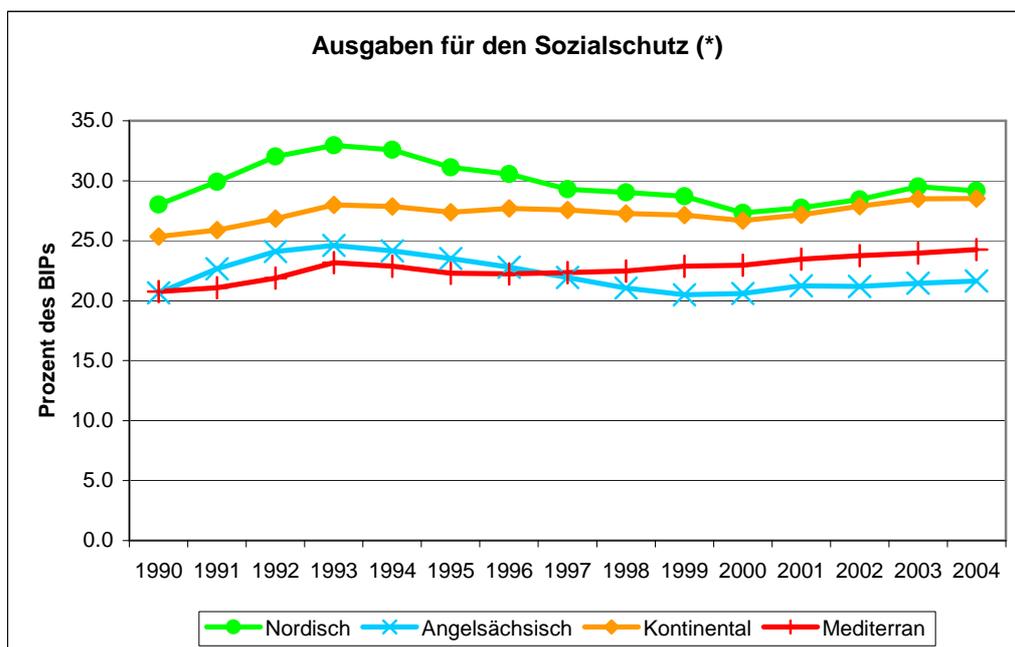


Abbildung 3: Ausgaben für den Sozialschutz⁴⁰

³⁷ Eigene Darstellung; Quellen: Eurostat; OECD; Andersen (2003). Es wurden jeweils die Länder mit einbezogen, für die Daten aus Andersen (2003) zur Verfügung standen.

³⁸ Vgl. Esping-Andersen (1990), S. 18-21.

³⁹ Vgl. Boeri (2002), S. 15-17.

⁴⁰ Eigene Darstellung; Quelle: Eurostat. (*) Ausgaben für den Sozialschutz = Sozialleistungen + Verwaltungskosten + sonstige Ausgaben.

Auch bei der Finanzierung des Steueraufkommens sind zwischen den verschiedenen Welten deutliche Unterschiede festzustellen, was insbesondere hinsichtlich der Effizienzwirkungen große Auswirkungen haben kann (Vgl. Abbildung 4). Während die nordischen Länder sich hauptsächlich über persönliche Steuern finanzieren, wählen die Liberalen eher indirekte Steuern. Im Gegensatz dazu machen die Sozialversicherungen bei den Mediterranen und den Kontinentalen den Löwenanteil der Finanzierung aus. Besonders auffällig ist darüber hinaus, dass gerade die nordischen Staaten den geringsten Teil ihres Steueraufkommens über Unternehmenssteuern finanzieren.

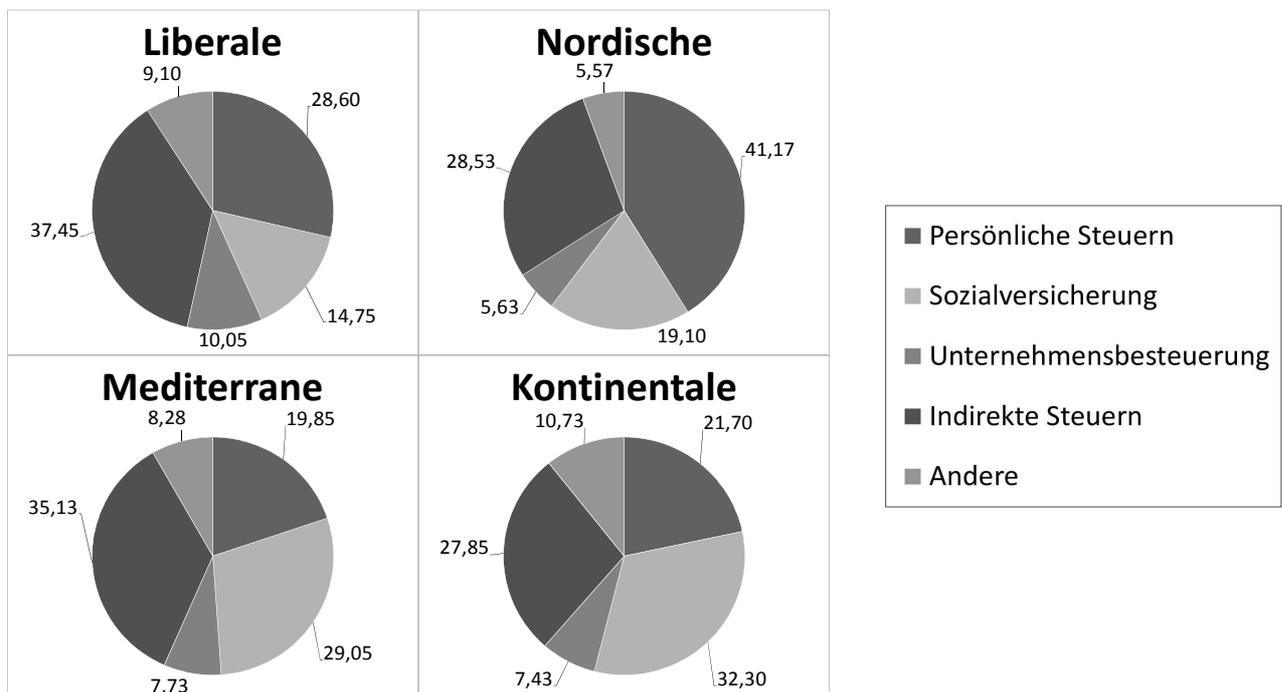


Abbildung 4: Finanzierung der Staatsausgaben⁴¹

Die Höhe der Staatsausgaben lassen erwarten, dass die nordischen Länder große Effizienzverluste hinnehmen müssten. Dies ist jedoch nur bedingt richtig. Misst man die Effizienz anhand der Arbeitslosigkeit und die Gerechtigkeit anhand der Armutsquote ergibt sich ein unerwartetes Bild (Vgl. Abbildung 5): effizient sind die liberalen **und** die nordischen Länder. Als gerecht einzuordnen sind die Skandinavier und die Korporatistien. Die mediterranen Länder schneiden in beiden Kategorien schlecht ab. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Nordischen den größten Staatsanteil und den höchsten Sozialanteil am BIP aufweisen, jedoch anscheinend keine Effizienzverluste hinnehmen müssen. Der Trade-Off zwischen Effizienz und Gerechtigkeit scheint in diesen Ländern nicht zu existieren.

⁴¹ Eigene Darstellung; Quelle OECD; Andersen (2003).

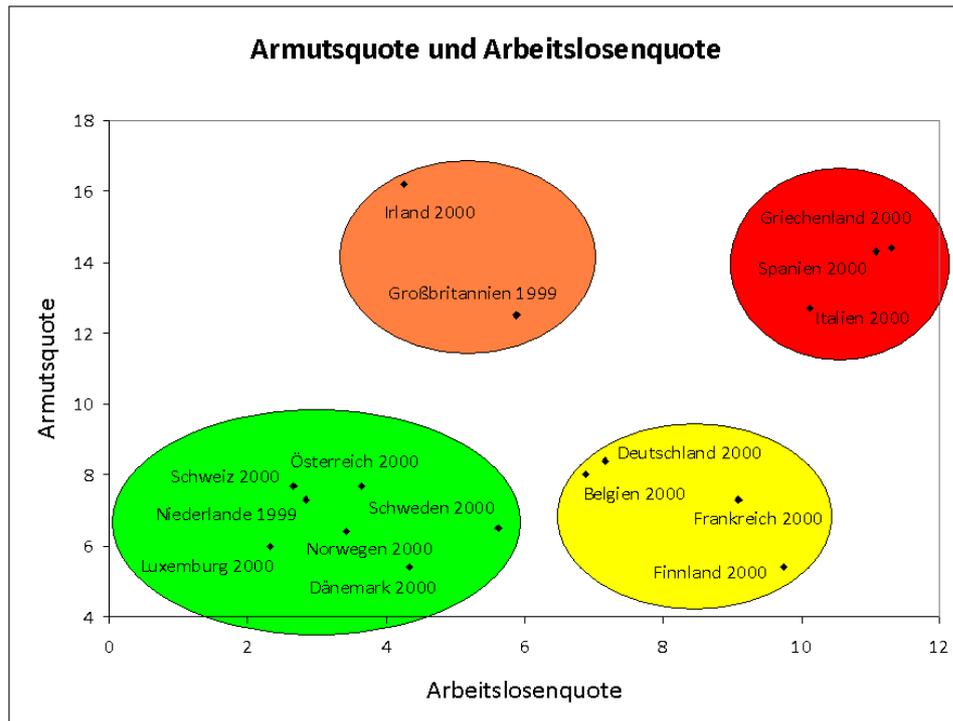


Abbildung 5: Armutsquote und Arbeitslosenquote 2000⁴²

3.2 Zukunftsfähigkeit der Sozialmodelle

Auf lange Sicht kann kein Sozialmodell bestehen, das ineffizient ist.⁴³ Langfristige Stagnation führt zu einer wachsenden Unzufriedenheit. Die Zeit des Systemwechsels ist spätestens dann gekommen, wenn ein Land nach dem anderen an den ineffizienten Ländern vorbei zieht und die Bevölkerung nicht länger bereit ist, immer weiter abgehängt zu werden. Nur durch die Gewährleistung von Effizienz kann sich ein Land ein nachhaltiges Sozialmodell leisten. Geht die Effizienz verloren, gerät das Sozialmodell ins Wanken. Entweder es wird wettbewerbsfähig gemacht und damit gefestigt, oder es stürzt ein und begräbt insbesondere die, welche die Hilfe am dringendsten nötig haben, unter seinen Trümmern.

Als wesentliche Triebfeder für sozialstaatliche Reformen kann hierbei die demographische Entwicklung ausgemacht werden.⁴⁴ Die Überalterung der Gesellschaft wird für viele Länder der Lackmus-Test der Tragfähigkeit des Sozialsystems werden. Ein effizienzorientiertes Sozialsystem ist dafür notwendig. Effizienz stellt jedoch keinen Wert an sich dar. Ein geringes Maß wäre unproblematisch, wenn dies von den Menschen erwünscht ist. Jedoch bleibt darauf hinzuweisen, dass die nordischen Staaten allem Anschein nach Effizienz und Gerechtigkeit ver-

⁴² Eigene Darstellung; Quelle: LIS, OECD. Die Armutsschwelle entspricht 50% des medianen Äquivalenzeinkommens.

⁴³ Vgl. Sapir (2005a), S. 10.

⁴⁴ Vgl. Europäische Kommission (2005), S. 10-11;

binden können. Wenn man nicht wählen muss, ist mehr Effizienz immer besser. Zudem scheint Effizienz auch für das subjektive Glücksempfinden der Menschen zuträglich zu sein. So deuten die Ergebnisse der Glücksforschung darauf hin, dass die nordischen und liberalen, sowie die effizienteren Staaten unter den Korporatisten (bspw. die Niederlande) glücklicher zu sein scheinen, als die ineffizienten Staaten.⁴⁵ Wenn Effizienz glücklicher macht, dann ist das Streben nach Effizienz nicht nur für das Überleben der Sozialstaaten wichtig, sondern fördert auch die Gesellschaft im Allgemeinen. Dieses Ergebnis wird dadurch bestärkt, dass gerade die jungen und gut ausgebildeten Arbeiter in die nordischen und angelsächsischen Länder wandern.⁴⁶ Das spricht ebenfalls dafür, dass die effizienten Länder sehr attraktiv sind. Wenn die Besten abwandern, verschlechtert sich die Situation in den ineffizienten Ländern umso mehr. Die Zukunftsfähigkeit eines Sozialsystems wird somit durch Effizienz gewährleistet. Dies ist nicht nur aus ökonomischen Gründen bedingt, sondern eben auch durch die gesellschaftliche Akzeptanz des Systems.

Die bisherige statische Betrachtung der Effizienz liefert die Erkenntnis, dass verschiedene Sozialmodelle unterschiedlich gut den Trade-Off zwischen Effizienz und Gerechtigkeit meistern. Die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaats ist von entscheidender Bedeutung und daher ist nun zu klären, welche Bedeutung der zunehmenden Globalisierung und der demographischen Entwicklung hinsichtlich der Stabilität der Sozialstaaten beizumessen ist.

4 Sozialstaaten und offene Märkte

4.1 Offenheit erhöht den Reformwillen

Steigt der Grad der Offenheit einer Volkswirtschaft, so ist diese stärker dem Wettbewerb ausgesetzt. Diese Feststellung hat eine Reihe von Implikationen. Zunächst wird es sehr schwer fallen, ineffiziente Strukturen zu erhalten und den strukturellen Wandel zu bremsen. Renten der Politiker und einzelner Interessengruppen gehen verloren.⁴⁷ Konsumenten können auf die gesamte Produktpalette des Weltmarkts zugreifen und entscheiden sich gegen die heimischen Produkt, wenn ein besseres und billigeres Angebot existiert. Dies lässt sich auch von Seiten der Politik nicht ändern. Der Wettbewerb nimmt zu, was zu einem steigenden Anpassungsdruck auf die Sozialsysteme führt.⁴⁸ Aus dem strukturellen Wandel entstehen Effizienzgewinne, der Wohlstand wächst, die Volkswirtschaft gewinnt als ganzes. Mit den entstehenden Ef-

⁴⁵ Vgl. Bergheim (2007).

⁴⁶ Vgl. Boeri (2002), S. 21-22.

⁴⁷ Vgl. Bonaglia, Braga de Macedo, Bussolo (2001); Draxler (2006), S. 26-27.

⁴⁸ Vgl. Fehn (2001), S. 29 und 32.

fizienzgewinnen können wirtschaftliche Härten für die Leidtragenden besser abgefedert werden. Dadurch geht ein Teil der Effizienz verloren, dafür schafft der Wohlfahrtsstaat eine Akzeptanz der Globalisierung bei der Bevölkerung. Wenn das Ziel des Staates auch noch ist, den Verlierern wieder beim Umstieg zu helfen oder diesen zumindest nicht behindert, profitieren auch diese. Sie werden Teil des strukturellen Wandels und bleiben nicht Opfer der Mängelverwaltung.

Hierfür ist es wichtig, die richtigen Anreize auf dem Arbeitsmarkt zu setzen. Leistung muss sich lohnen und Investitionen in das Humankapital müssen gefördert werden. Für kleine Volkswirtschaften trifft dies in stärkerem Maße zu als für größere, denn sie haben weniger Möglichkeiten, der Globalisierung auszuweichen. Während größere Volkswirtschaften einen großen Teil der Gewinne aus Spezialisierung und Arbeitsteilung intern heben können, bleibt kleineren Volkswirtschaften nur wenig anderes übrig, als sich dem Wettbewerb zu stellen und international zu kooperieren. Die Bereitschaft zur Öffnung wird in diesen Volkswirtschaften entsprechend größer sein, da die Verluste aus Protektionismus besonders groß wären und im Vergleich mit dem größeren Maß an abgeforderter Flexibilität schwerer wiegen. Entsprechend muss auch die Bereitschaft, sich durch Reformen besser an die veränderte Lage anzupassen, größer sein, da den Anforderungen der Globalisierung begegnet werden muss.

4.2 Demographie und Sozialstaat

Die Alterspyramide stellt die europäischen Sozialstaaten vor eine große Herausforderung. Die demographische Welle, welche auf diese zuläuft ist bedenklich (Vgl. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Triebfeder dieser Entwicklung sind eine gestiegene Lebenserwartung, eine sinkende Geburtenrate und der Renteneintritt der „Baby-Boomer“.⁴⁹ Jedoch sind nicht alle europäischen Staaten in gleichem Maße betroffen (Vgl. Abbildung 7). Vielmehr existieren deutliche Unterschiede. So ist die Geburtenrate in den nordischen Ländern deutlich höher als die in Deutschland, Italien, Spanien und Portugal.⁵⁰ Während in einigen Ländern die Bevölkerung abnehmen wird, können andere Länder ihre Bevölkerungszahlen zumindest stabilisieren. Das Abhängigkeitsverhältnis (Über 65-jährige in Relation zu der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren) wird für die EU-15 und EU-25 Länder von 1 zu 4 im Jahre 2003 auf 1 zu 2 im Jahre 2005 ansteigen.⁵¹ Der Anstieg der Abhängigen steigt in allen Ländern, jedoch wird auch diese Entwicklung in einigen Ländern verheerender sein als

⁴⁹ Vgl. Europäische Kommission (2006), S. 19.

⁵⁰ Vgl. Europäische Kommission (2007), S. 17.

⁵¹ Vgl. Europäische Kommission (2006), S. 49.

in anderen. Betrachtet man das Verhältnis der effektiven Abhängigkeit, gibt es deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern und den unterschiedlichen „Welten“ (Vgl. Tabelle 3).

	Effektives Abhängigkeitsverhältnis (*)				
	2003	2025	2050	Absolute Änderung	Relative Änderung
Nordisch	32.0	47.0	54.0	22.0	68.8
Angelsächsisch	27.5	36.5	56.5	29.0	105.5
Kontinental	38.0	49.3	58.7	20.7	54.4
Mediterran	40.0	50.0	85.5	45.5	113.8

(*) Nicht-erwerbstätige Bevölkerung über 64 Jahre im Verhältnis zu den Beschäftigten im Alter von 15 bis 64 Jahren in Prozent. Die Änderungen beziehen sich auf die Unterschiede zwischen den Werten für die Jahre 2003 und 2050.

Tabelle 3: Effektives Abhängigkeitsverhältnis⁵²

Entsprechend entstehen bei umlagefinanzierten Systemen deutliche Anpassungslasten. In Verbindung mit einer hohen Staatsverschuldung, kann das eine bedeutende Gefahr für die finanzielle Stabilität des Staates bedeuten.⁵³ Dies hat mehrere Implikationen. So müssen die Sozialsysteme diesen Gegebenheiten angepasst werden. Das bedeutet, dass sowohl auf der Leistungs- als auch auf der Finanzierungsseite Korrekturen vorgenommen werden müssen. Dies kann einerseits durch eine weitgehende Privatisierung der Sozialversicherungen geschehen, andererseits müssen die bestehenden staatlichen Systeme so reformiert werden, dass die Finanzierungs- und Leistungsstrukturen die demographische Entwicklung antizipieren.

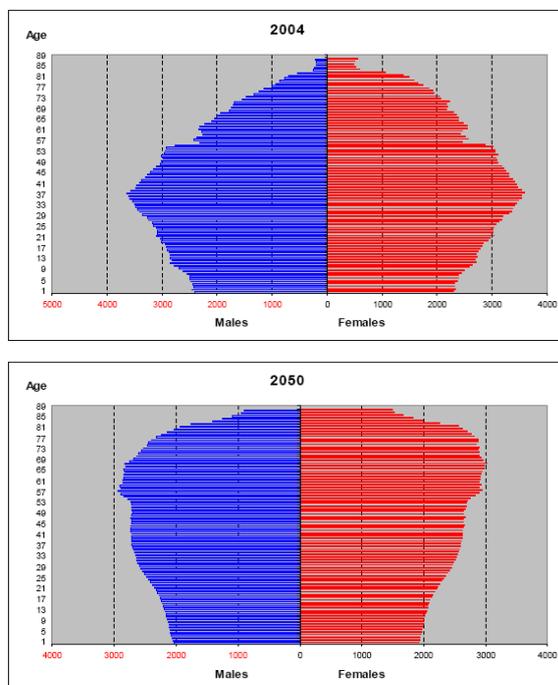


Abbildung 6 Europäische Alterspyramide⁵⁴

⁵² Eigene Berechnungen; Datenquelle: Europäische Kommission (2006), S. 49.

⁵³ Vgl. Europäische Kommission (2005), S. 115-116.

⁵⁴ Quelle: Europäische Kommission (2007), S. 35.

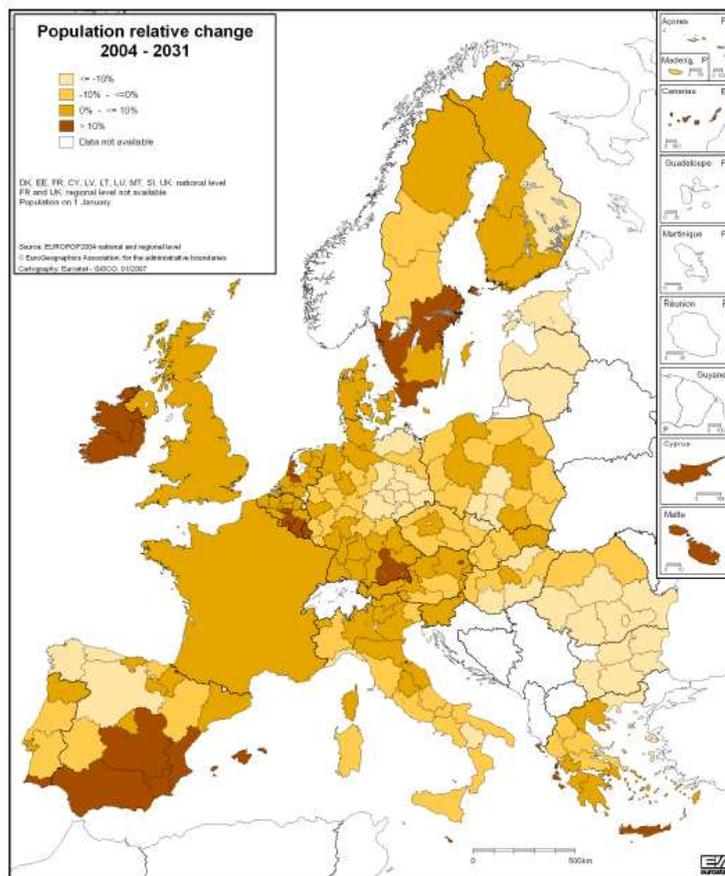


Abbildung 7: Bevölkerungsentwicklung⁵⁵

Ein weiteres Mittel der Reduzierung der Anpassungslasten ist die Migration. Junge und qualifizierte Arbeitnehmer können gerade in den Volkswirtschaften, die von der Überalterung bedroht sind, eine echte Hilfe zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme darstellen (Vgl. Abbildung 8). Einige Länder haben dies auch schon erkannt und haben ihre Zuwanderungsregelungen entsprechend liberalisiert. Die europäischen Länder stehen im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte.⁵⁶ Dieser sollte jedoch nicht über staatliche Mittel bestritten werden, der Staat sollte vielmehr die Rahmenbedingungen setzen, um Migration zu ermöglichen. Als Musterbeispiel mag hier Irland gelten: während dieses Land bis in die neunziger Jahre ein Nettoverlust an Arbeitskräften hinnehmen musste, hat sich dieses Bild längst umgekehrt.⁵⁷ Das starke wirtschaftliche Wachstum und der wirtschaftliche Aufschwung haben dazu geführt, dass die Nettoimmigration stark positiv ist und zudem der natürliche Bevölkerungszuwachs deutlich über dem Durchschnitt liegt. Im Kampf zwischen Effizienz und Gerechtigkeit der europäischen Sozialstaaten sollten diese Effekte nicht vernachlässigt werden. Eine gestiegene Effizienz lockt mehr Arbeitskräfte ins Land. So mag Irland in der bisher vorge-

⁵⁵ Quelle: Europäische Kommission (2007), S. 41.

⁵⁶ Vgl. Zimmermann (2004).

⁵⁷ Vgl. CSO (2006), S. 9-10; Europäische Kommission (2007), S. 31.

stellten Kategorisierung als ungerecht gelten. Jedoch sollte auch die dynamische Komponente nicht aus den Augen gelassen werden: Durch eine höhere Migration können die sozialen Sicherungssysteme stabilisiert werden und sie tragfähiger für die Zukunft machen, was unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht vernachlässigt werden kann.

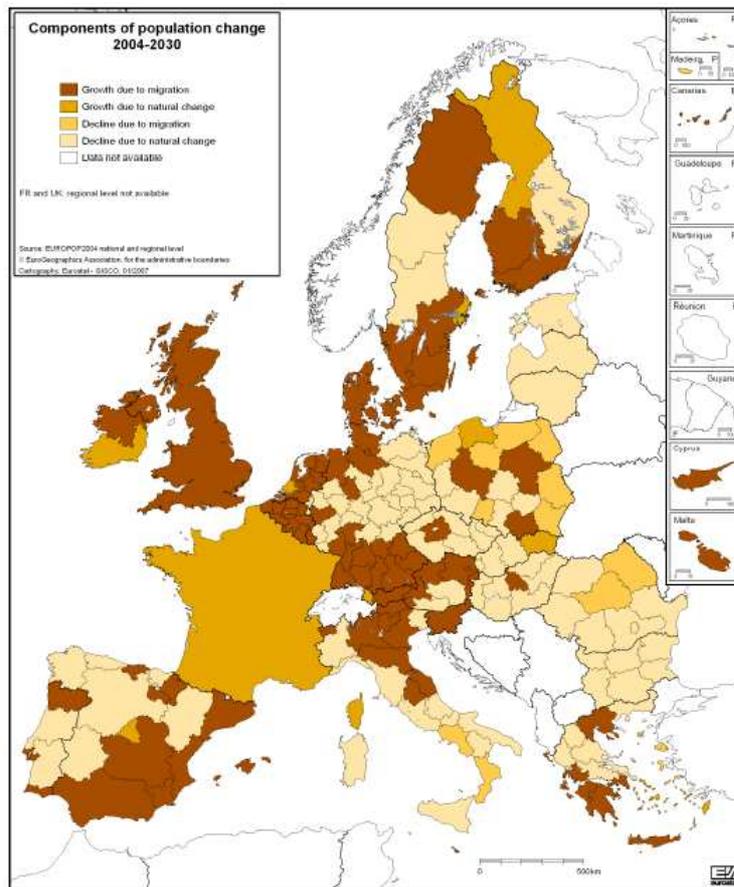


Abbildung 8: Triebfedern der Bevölkerungsentwicklung⁵⁸

4.3 Offenheit und Sozialstaat

Globaler Wettbewerb erhöht die Unsicherheit.⁵⁹ Dies sollte jedoch nicht zu der falschen Auffassung verleiten, dass Offenheit einer Volkswirtschaft grundsätzlich eine Gefahr für die sozialen Sicherungssysteme darstellt. Es entstehen zwar Anpassungslasten, die jedoch durch eine höhere Bereitschaft, sich dem Wettbewerb zu stellen, besser bewältigt werden können. So existiert gerade in den Staaten, die sich dem globalen Wettbewerb am intensivsten gestellt haben, nicht notwendigerweise ein schwacher Sozialstaat.⁶⁰ Offenheit und Sozialstaat schlie-

⁵⁸ Quelle: Europäische Kommission (2007), S. 42.

⁵⁹ Vgl. Rodrik, D. (1997), S. 19-23; Rodrik (1998), S. 21-23.

⁶⁰ Vgl. Rodrik (1998); Iversen (2005).

Ben sich nicht aus, ein race-to-the-bottom findet nicht statt.⁶¹ Vergleicht man die Sozialleistungsquoten einiger europäischer Länder, so ist deutlich zu sehen, dass alle Wohlfahrtsstaaten nicht nur absolut, sondern auch relativ größer sind, als noch vor 40 Jahren (Vgl. Abbildung 9). Es werden also nicht nur absolut mehr Mittel für Sozialleistungen aufgewendet, sondern es wird auch ein größerer Anteil des Kuchens durch den Sozialstaat verteilt. Zwar sind einige Konsolidierungsbemühungen in den einzelnen Ländern zu sehen (bzw. werden auch einige Schwankungen konjunkturbedingt sein), aber ein „radikaler Kahlschlag“ ist trotz zunehmender Offenheit nicht zu erkennen.

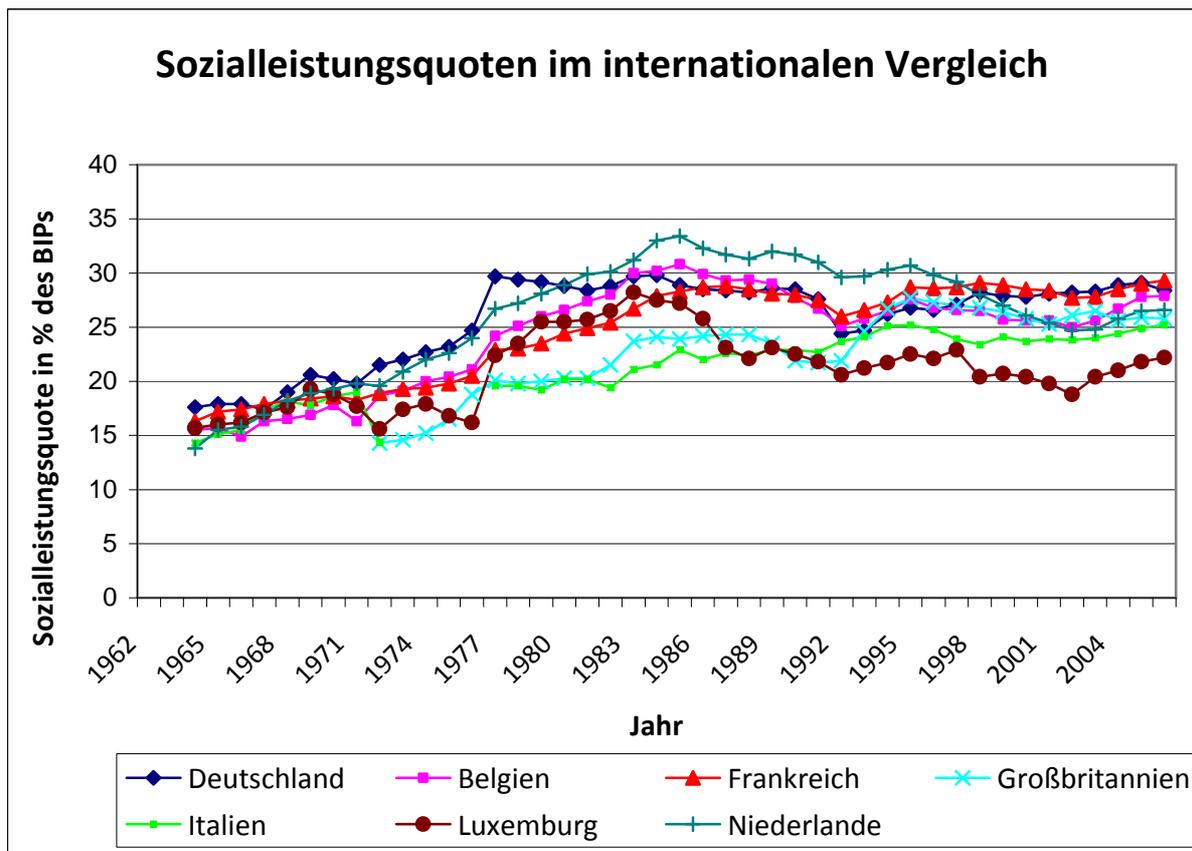


Abbildung 9: Sozialleistungsquoten im internationalen Vergleich⁶²

Gerade die nordischen Länder haben sich dem globalen Wettbewerb gestellt.⁶³ Der Grad der Globalisierung stieg bei ihnen seit Mitte der 80er Jahre sehr stark an (Vgl. Abbildung 11). Das Ausmaß der wirtschaftlichen Globalisierung der skandinavischen Länder liegt inzwischen sogar über dem der angelsächsischen Länder.⁶⁴ Es ist wiederum zu beobachten, dass die Öff-

⁶¹ Vgl. Bösch-Surpan und Winter (2000); Bergh (2006a).

⁶² Eigene Darstellung; Quelle: BMAS, Statistisches Taschenbuch
[<http://www.bmas.de/coremedia/generator/19132/gesamt.html>]

⁶³ Vgl. Bergh (2006a), S. 11-13.

⁶⁴ Vgl. Bergh (2006a), S. 12-13.

nung der Märkte nicht mit einem gesunkenen Staatsanteil einherging. Dieser stieg vielmehr leicht an. Auch die wirtschaftliche Freiheit insgesamt ist in den skandinavischen Ländern seit Mitte der 70er Jahre im Vergleich zu den anderen „Welten“ stärker gewachsen (Vgl. Abbildung 10).⁶⁵

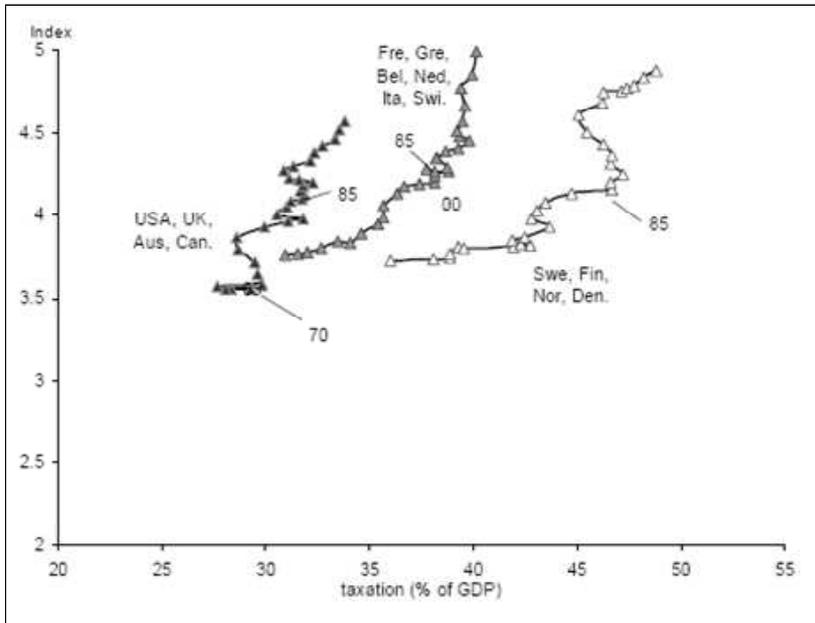


Abbildung 10: Größe des Staates und ökonomische Freiheit⁶⁶

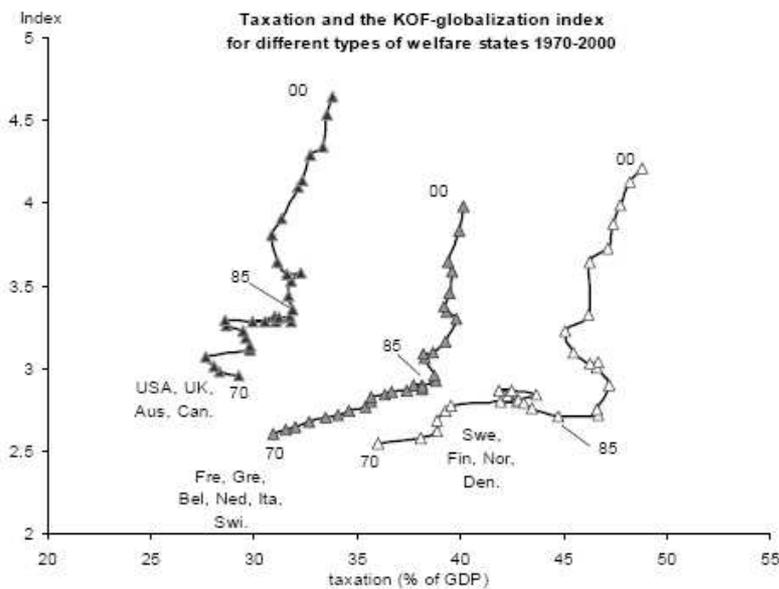


Abbildung 11: Größe des Staates und Globalisierung⁶⁷

⁶⁵ Vgl. Bergh (2006a), S. 10.

⁶⁶ Bergh (2006a), S. 10.

⁶⁷ Bergh (2006a), S. 11.

Dass ökonomische Freiheit und Globalisierung nicht abgelehnt, sondern als Chance erkannt wurden, lässt sich insbesondere am Beispiel Schweden verdeutlichen. Nach der schweren Krise Anfang der 90er Jahre wurde durch mehrere Reformen die wirtschaftliche Flexibilität erhöht,⁶⁸ um sich gestärkt dem globalen Wettbewerb stellen zu können, was mit relativ hohem Wachstum und niedriger Arbeitslosigkeit belohnt wurde. Jedoch sollten diese Erfolge mit Vorsicht betrachtet werden: so ist in Schweden seit Beginn der 50er Jahre kein zusätzlicher Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft entstanden, vielmehr wurde die öffentliche Beschäftigung stark ausgeweitet.⁶⁹ Das große Ausmaß an aktiver Arbeitsmarktpolitik hat unzweifelhaft die wirtschaftliche Freiheit gesenkt. Jedoch bleibt die Tatsache bestehen, dass diese insgesamt leicht zugenommen hat,⁷⁰ was wiederum dafür spricht, dass der relativ großzügig ausgestattete Staat durch die Liberalisierung in anderen Bereichen überkompensiert wurde.⁷¹ Eine Öffnung der Volkswirtschaft kann, wenn die entsprechenden Reformen zur Flexibilisierung erfolgen, somit das Bestehen eines Sozialstaats fördern. Dies kann jedoch dann gefährlich sein, wenn die Effizienzgewinne komplett in den Sozialstaat investiert werden, da die langfristigen Folgen nur schwer abzuschätzen sind.

Die Versuchung liegt nahe, das nordische Modell auch auf die anderen europäischen Länder zu übertragen. Jedoch ist dies mit Vorsicht zu genießen. Ob eine Zentralisierung überhaupt sinnvoll ist, soll daher in dem nächsten Kapitel diskutiert werden. Jedoch ist die „Überlegenheit“ des nordischen Modells an sich keinesfalls gesichert. Das Problem besteht hierbei nicht nur in der Übertragbarkeit, sondern auch in den Schwierigkeiten einer Abschätzung für die zukünftige Entwicklung. Einerseits muss ein statisch überlegenes Sozialmodell nicht unbedingt dynamisch überlegen sein, andererseits ist die Implementierung des nordischen Modells sehr riskant. Verlagerung privater Aktivitäten in den Markt führen unzweifelhaft zu einem Anstieg des BIPs durch das entsprechende induzierte Wachstum. Das Land ist dann nur auf dem Papier reicher (i.S.v. BIP pro Kopf) geworden, während sich die Summe der Wertschöpfung innerhalb und außerhalb des Marktes nicht geändert haben muss. Staatliche Aktivität in diesem Bereich kann dann dazu führen, dass Leistungen falsch bewertet werden,⁷² so dass die Effizienz sogar sinkt. Selbst wenn diese Auffassung nicht geteilt wird, bleibt zu diskutieren, ob Koordination und Zentralismus den richtigen Weg darstellen.

⁶⁸ Vgl. Bergh (2006b), S. 231.

⁶⁹ Vgl. Davidsson und Henrekson (2002), S. 84.

⁷⁰ Vgl. Johnsson (2004), S. 2-4.

⁷¹ Vgl. Johnsson (2004), S. 12-13.

⁷² Leistungen des Staates werden in der VGR mit dem Wert der Inputfaktoren bewertet, was bei einer willkürlichen Festsetzung der staatlichen Löhne zu deutlichen Verzerrungen führen kann. Vgl. EEAG (2007), S. 104; Sinn (2006).

5 Wettbewerb oder Koordination

5.1 Integration und Heterogenität

Die europäische Integration stellt einen Meilenstein dar: Finanz-, Kapital-, Güter- und Arbeitsmärkte sind von vielen Barrieren befreit worden, auch wenn eine vollständige Liberalisierung noch nicht stattgefunden hat. Dies bedeutet, dass die Stärken des Freihandels immer mehr zum Tragen kommen. Als Folge davon kommt es unter anderem auch zu einer verstärkten Spezialisierung und Arbeitsteilung der einzelnen Teile Europas und der ganzen Welt.⁷³ Somit nimmt die wirtschaftliche Heterogenität zu. Integrierte Gütermärkte in Zeiten der Globalisierung bedeuten für den Einzelnen auch ein breiteres Angebot an Waren und Dienstleistungen. Mit steigendem Wohlstand sinkt der Bedarf nach standardisierten Gütern, was dazu führt, dass im Verbund mit dem reichhaltigen Warenangebot auch die Präferenzen der Konsumenten breiter streuen. Auf dem Arbeitsmarkt haben sich im Zuge des strukturellen Wandels ebenfalls die Bedürfnisse geändert. Höhere Qualifikationen und ein hohes Maß an Spezialisierung sind stark begehrt, das Spektrum an Berufen und Arbeitsplätzen nimmt zu und es wird eine höhere berufliche, qualifikatorische und regionale Mobilität erwünscht.⁷⁴ Maßnahmen und Institutionen, die aus den Zeiten der homogenen Arbeitsbedingungen stammen, passen immer schlechter zu den wirtschaftlichen Verhältnissen und werden redundant. Die stärkeren Wanderungsbewegungen führen auch dazu, dass eine stärkere ethnische Heterogenität Einzug erhält. Wenn die Wanderungsbeschränkungen in Europa aufgehoben werden, dürfte dieser Prozess sich noch verstärken. Dies hat Folgen für die Politik, insbesondere die Sozialpolitik. Die Zeiten einer „one policy fits all“ sind vorbei, denn auch im Bereich der Sozialpolitik sind die Bedürfnisse heterogener geworden. Diese reichen von der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bis zu der Altersvorsorge. Diese Bedürfnisse müssen nicht unbedingt vom Staat befriedigt werden, sondern können dem Markt überlassen werden. Hierzu ist es notwendig entsprechende Möglichkeiten für ein Angebot am Markt zu schaffen.

Die Bedürfnisse vor Ort gewinnen an Bedeutung. Strukturschwachen Regionen muss die Möglichkeit gegeben werden, auf die Missstände vor Ort zu reagieren. Wenn bewährte und gut gemeinte Hilfe von oben nicht geholfen hat, ist es an der Zeit, durch Experimente unorthodoxe Wege zu beschreiben. Da schon auf nationaler Ebene eine flexible und regionale Sozialpolitik von Vorteil wäre, gilt dies umso mehr im Staatenverbund der EU. Eine einheitliche Politik kann nicht jedem Staat gerecht werden, daher muss eine Zentralisierung immer kri-

⁷³ Vgl. Berthold, Neumann und Zenzen (2007), S. 8-12.

⁷⁴ Vgl. Berthold, Neumann und Zenzen (2007), S. 4-8.

tisch betrachtet werden. Der Grundsatz der Subsidiarität spielt in der Europäischen Union entsprechend – zumindest auf dem Papier – eine große Rolle.⁷⁵ Zwar einigt man sich auf gemeinsame Ziele, aber der Weg bleibt jedem Land selbst überlassen. Letzteres ist ein wichtiger und richtiger Punkt. Jedoch sollten auch die Ziele nicht zu eng formuliert sein um den Präferenzen vor Ort gerecht zu werden. In Zukunft wird die Bedeutung dezentraler Lösungen eher zu- als abnehmen. Denn die Bereitschaft zur Umverteilung ist umso größer, je stärker die Verbindung zwischen Geber und Nehmer ist. Räumliche, weltanschauliche, religiöse und insbesondere ethnische Heterogenität⁷⁶, die wahrscheinlich weiter zunehmen werden, führen zu einer geringeren Bereitschaft.

5.2 Europäische Sozialpolitik

Da im europäischen Wirtschaftsraum inzwischen „ein Markt“ und „eine Währung“ existieren, stellt sich die Frage, ob es „eine Sozialpolitik“ bzw. „ein Sozialmodell“ einheitlich für alle Mitglieder der Europäischen Union geben sollte. Dies wäre dann sinnvoll, wenn es große externe Effekte der einzelstaatlichen Politiken gäbe und die Präferenzkosten einer einheitlichen Politik relativ gering wären. Des Weiteren können auch die Skalenerträge aus einer zentralen Bereitstellung eine gewisse Bedeutung haben.⁷⁷ Zu unterscheiden ist wiederum, ob Sicherheit und/ oder Gerechtigkeit zentral bereit gestellt werden sollte. Für die Sozialversicherungen gilt, dass es einen echten Wettbewerb zwischen den verschiedenen Systemen geben sollte, bei dem sich die verschiedenen nationalen Versicherungen den privaten in einem fairen Konkurrenzkampf gegenüber sehen. Falls es tatsächlich große Skalenerträge gäbe, würde sich das Versicherungssystem durchsetzen, das am effizientesten ist. Auch auf europäischer Ebene scheinen die Vorteile eher auf Seite der Privaten zu liegen. Falls diese versagen, könnte die Produktion der Sicherheit auf europäischer Ebene erfolgen, während die Verteilung weiterhin bei den Mitgliedsstaaten belassen wird.⁷⁸ So werden Skalenerträge ausgenutzt, ohne dass Präferenzkosten entstehen. (Vgl. zur weiteren Einordnung der einzelnen Politikbereiche Abbildung 12)

⁷⁵ Vgl. Atkinson et. al. (2002), S. 4-5.

⁷⁶ Vgl. Alesina und Glaeser (2004), S. 133-181.

⁷⁷ Vgl. Schuster und Vaubel (1996), S. 191.

⁷⁸ Vgl. Schuster und Vaubel (1996), S. 184-185.

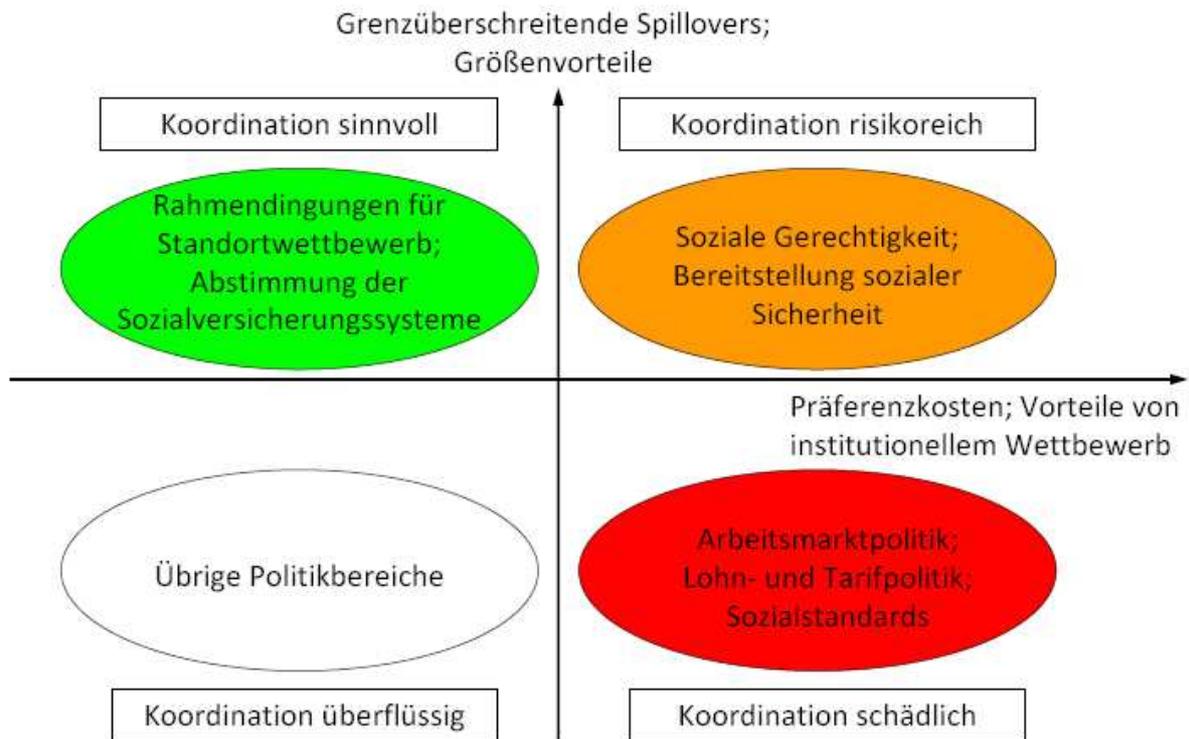


Abbildung 12: Optimale Koordination

Im Bereich der Bereitstellung von Gerechtigkeit ist eine Zentralisierung abzulehnen. Ein Kompromissvorschlag könnte alle schlechter stellen.⁷⁹ Gerade wenn eine gewisse Unwissenheit über eine optimale Politik existiert (falls es seine solche überhaupt gibt), ist eine Koordination abzulehnen, da mit einer einheitlichen Politik die Möglichkeit von Verbesserungen durch Wettbewerb zu erreichen ausgeschaltet ist.⁸⁰ Wenn sich ein Mittelweg zwischen dem nordischen und dem liberalen Modell im politischen Prozess herausbilden würde, könnte das einerseits fatale Folgen für die Effizienz haben, da ein „Mittelweg“ aus zwei effizienten Modellen nicht notwendigerweise selbst effizient sein muss. Andererseits besteht die Gefahr, dass die Präferenzen verfehlt werden. Die Nordischen und Liberalen zählen beide zu den glücklichen Varianten des Kapitalismus’,⁸¹ daher gibt es keine Veranlassung für diese Länder von ihrem jeweiligen Modell abzuweichen. Grafisch lässt sich dies durch eine Einordnung in den nordöstlichen Quadranten in der Abbildung 12 veranschaulichen.

Spillovereffekte dürfte in beiden Fällen nur sehr begrenzt auftreten. Dies wäre beispielsweise dann der Fall, wenn Bürger der EU in verschiedenen europäischen Ländern arbeiten und Ansprüche an verschiedene Versicherungen erhalten. Daher sollte eine Abstimmung der ver-

⁷⁹ Vgl. Schuster und Vaubel (1996), S. 181-182.

⁸⁰ Vgl. Klodt (1999), S. 24.

⁸¹ Vgl. Bergheim (2007).

schiedenen Systeme aufeinander auf europäischer Ebene erfolgen, um die Mobilität der Arbeitskräfte zu befördern.⁸² Als elegante Lösung böte es sich auch an, jedem EU-Bürger zu gestatten in jede beliebige Sozialversicherung zu optieren, was den Wettbewerb befördern würde. Entsprechend wäre dieser der Sozialpolitik als ordnungspolitischer Rahmen in den nordwestlichen Quadranten in der Abbildung 12 einzuordnen.

In erster Linie sollte die EU in dem Bereich aktiv werden, in dem sie deutliche komparative Vorteile hat. Dies ist in erster Linie die Rolle eines Informationsintermediärs.⁸³ Informationen über Experimente und deren Erfolge als Ausfluss des institutionellen Wettbewerbs können gebündelt und evaluiert werden. Jedoch müssen in einem solchen Fall die erfolgreichen Modelle nicht unbedingt übertragbar sein, aber die Verbreitung von Ideen und deren Erfolge kann sehr förderlich wirken. Durch zentrale wissenschaftliche Auswertungen kann verhindert werden, dass Arbeit mehrfach erledigt wird und dafür gesorgt werden, dass es zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch zwischen verschiedenen Ländern und Menschen kommt.

5.3 Europäischer Ordnungsrahmen

Die Hauptaufgabe der Europäischen Union liegt weiterhin in der Liberalisierung der Faktor- und Gütermärkte. Diese vornehmlichste Aufgabe würde Effizienzgewinne aus weiterer Spezialisierung und Arbeitsteilung heben und den europäischen Wirtschaftsraum wettbewerbsfähiger zu den globalen Konkurrenten machen. Die Liberalisierung wird nicht nur im Bereich der statischen Effizienz Vorteile bringen. Durch die Mobilität der Produktionsfaktoren werden auch die politischen Märkte diszipliniert: Kapital und Arbeit werden ausuferndes Verhalten der Politiker sanktionieren. Zuerst über die Abwahl und nach einiger Zeit durch Abwanderung. Diese Disziplinierungsfunktion setzt allerdings voraus, dass keine zu starke Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen erfolgt. Nur durch den institutionellen Wettbewerb sehen sich die Bürger der europäischen Union einer echten Wahlmöglichkeit gegenüber.

Politische Entscheidungen auf nationaler und regionaler Ebene dürfen nicht zu sehr eingengt werden. Dies gilt in der Sozialpolitik genauso wie in anderen Bereichen. Transparenz ist eine wichtige Voraussetzung hierfür. Je mehr Entscheidungen auf der europäischen Ebene getroffen werden, desto geringer wird der Einfluss der einzelnen Bürger darauf und desto teurer wird es für ihn, Entscheidungen nach zu verfolgen und zu sanktionieren.⁸⁴ Dasselbe gilt für

⁸² Vgl. Schuster und Vaubel (1996), S. 173; Boeri (2002), S. 20.

⁸³ Vgl. Atkinson et al. (2002), S. 5-15; Schuster und Vaubel (1996).

⁸⁴ Vgl. Schuster und Vaubel (1996), S. 187-188.

die Bürokratie: auf europäischer Ebene sind die Kompetenzen und Aufgabenbereiche oftmals so vielfältig geworden, dass nur die Bürokraten selbst die Sinnhaftigkeit ihrer Aufgaben beurteilen können. Ausgeweitete Budgets und Kompetenzen sind die Folge, da eine echte Kontrolle weder von den Politikern noch den Bürgern erfolgen kann. Dezentrale Entscheidungsformen ermöglichen neben der besseren Kontrolle auch eine transparentere Finanzierungsstruktur. Wer Ausgaben veranlasst, muss dann auch für die Einnahmen sorgen. Interregionale Umverteilung wie bei dem horizontalen Länderfinanzausgleich und Finanzierungen aus anonymen Töpfen wie bei der EU-Strukturförderung sorgen für eine deutlich höhere Ausgabenbereitschaft von Politikern und Bürokraten, da die Kosten einzelner Projekte unfühlbar auf mehrere Köpfe verteilt werden, so dass Lobbyisten ein leichtes Spiel haben diese durchzusetzen, da die relative Bedeutung für sie hoch ist, während sie für die Zahler vernachlässigbar gering ist.

6 Abschließende Bemerkungen und Handlungsempfehlungen

Europas Sozialstaaten stehen vor großen Herausforderungen. Jedoch liegt die Ursache dafür nicht in der Globalisierung, sondern vielmehr in hausgemachten Problemen. Effizienz ist auch in Zeiten des globalen Wettbewerbs möglich, was uns liberale und nordische Staaten eindrucksvoll beweisen. Jedoch sind zumindest bei letzteren einige Bedenken angebracht. Die relativ großzügigen Sozialleistungen und die aktive Arbeitsmarktpolitik bergen auch für diese Staaten einige Risiken. Andererseits haben diese konsequent einen Kurs der wirtschaftlichen Liberalisierung verfolgt, der ihnen einige Handlungsspielräume im Bereich des Sozialstaats offen hält. Die Globalisierung wurde nicht abgelehnt, sondern als Chance begriffen. Wenn die kontinentalen und mediterranen Länder diesen Weg beschreiten, besteht auch hier die Möglichkeit ein präferenzgerechtes Sozialmodell zu schaffen, mit dem man den Herausforderungen der Zukunft begegnen kann.

Dringende Reformen zur Förderung der wirtschaftlichen Freiheit sind nicht weiter zu verschieben, sondern in Angriff zu nehmen. Markt und Wettbewerb sollten angenommen werden, um die Volkswirtschaften effizienter zu gestalten. Die Gewinne, die aus der Globalisierung erzielt werden können, sind groß. Falls die politischen Präferenzen so liegen, kann ein Teil dieser Gewinne zur Herstellung von mehr sozialer Gerechtigkeit verwendet werden. Bevor jedoch konjunkturelle oder gar strukturelle Erfolge direkt wieder in den Umverteilungsapparat gesteckt werden, sollte in den nächsten Jahren zunächst eine entschiedene Politik betrieben werden, die Wachstum fördert. Ein Ordnungsrahmen, der den Wettbewerb fördert und die Wirtschaft belebt, ist dafür eine Voraussetzung. Dass Wachstum nicht unbedingt zu mehr

Ungerechtigkeit führt, haben in Deutschland die Wirtschaftswunderjahre bewiesen. Der Kuchen wurde größer, jeder erhielt ein größeres Stück.

Die anstehenden Reformen im Bereich des Sozialstaats sind nationale Aufgaben. Die Rolle der EU sollte als Informationsintermediär dienen, die Öffnung der Faktor- und Absatzmärkte voran treiben und die Aufrechterhaltung verkrusteter Strukturen durch Subventionen beenden. Eine europäische Sozialpolitik hat es bisher nicht gegeben und sollte auch in Zukunft nicht geschaffen werden. Nur im institutionellen Wettbewerb zwischen den Ländern können zukunftsfähige Modelle geschmiedet werden. Im politischen Entscheidungsprozess würde bei einem einheitlichen Sozialmodell allenfalls Mittelmaß heraus kommen. Mittelmaß ist jedoch in einer globalisierten Welt zu wenig. Die Herausforderungen sind bekannt und können nicht länger warten. Werden diese angegangen, wird es in Zukunft zwar nicht ein, aber dafür verschiedene erfolgreiche europäische Sozialmodelle geben.

Literaturverzeichnis

Alesina, A., E.L. Glaeser (2004), Fighting Poverty in the US and Europe, Oxford, New York.

Andersen, T.M. (2003), European Integration and the Welfare State, in: Journal of Population Economics, Band 16(1), S. 1-19,
http://www.popecon.org/download/andersen_01162003.pdf.

Atkinson, A.B. (2003), Income Inequality in OECD Countries: Data and Explanations, in: CESIFO Economic Studies, Bd. 49(4), S. 479-513.

Atkinson, T., B. Cantillon, E. Marlier, B. Nolan (2002), Social Indicators – The EU and Social Inclusion, New York.

Bergh, A. (2006a), Explaining Welfare State Survival: The Role of Economic Freedom and Globalization,
http://papers.ssrn.com/sol3/Delivery.cfm/SSRN_ID897746_code463877.pdf?abstractid=897746&mirid=1.

Bergh, A. (2006b), Is the Swedish Welfare State a Free Lunch?, in: Econ Journal Watch, Bd. 3(2), S. 210-235, <http://www.econjournalwatch.org/pdf/BerghCommentMay2006.pdf>.

Bergh, A. (2006c), Work Incentives and Employment are the Wrong Explanation of Sweden's Success, Bd. 3(3), S. 452-460,
<http://www.econjournalwatch.org/pdf/BerghRejoinderSeptember2006.pdf>.

Bergheim, S. (2007), Die glückliche Variante des Kapitalismus charakterisiert durch ein Bündel von Gemeinsamkeiten, dbresearch Aktuelle Themen Nr. 380,
http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_EN-PROD/PROD0000000000208628.pdf.

Berthold, N., S. v. Berchem (2004), Reform der Arbeitslosenversicherung – Markt, Staat oder beides?, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Diskussionspapier Nr.70, <http://www.vwl.uni-wuerzburg.de/fileadmin/12010400/diskussionsbeitraege/dp70.pdf>.

Berthold, N., M. Neumann (2005), Europäische Regionalpolitik – Gift für rückständige Regionen, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Bd. 17(1), S. 47-65.

Berthold, N., M. Neumann (2006), Europas Sozialstaaten im Schatten der Globalisierung, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Diskussionspapier Nr. 88, <http://www.vwl.uni-wuerzburg.de/fileadmin/12010400/diskussionsbeitraege/dp88.pdf>.

Berthold, N., H. Fricke (2007), Der Länderfinanzausgleich – wie sehr schadet er, wie sollte er reformiert werden?, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Diskussionspapier Nr. 94,
http://www.vwl.uni-wuerzburg.de/fileadmin/12010400/diskussionsbeitraege/DP_094.pdf

Berthold, N., M. Neumann, J. Zenzen (2007), Die Zukunft der Arbeit – Verdopplung, Entkopplung und regionale Divergenz?, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Diskussionspapier Nr. 96, http://www.vwl.uni-wuerzburg.de/fileadmin/12010400/diskussionsbeitraege/DP_096.pdf.

Boeri, T. (2002), Let Social Policy Models Compete and Europe Will Win, paper presented at a Conference hosted by the Kennedy School of Government, Harvard University http://ksgwww.harvard.edu/m-rcbg/Conferences/us-eu_relations/boeri_us_european_trends.pdf.

Bonaglia, F., J. Braga de Macedo, M. Bussolo (2001), How Globalization Improves Governance, CEPR Discussion Paper No. 2992, http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=288354.

Börsch-Supan, A., J. Winter (2002), Soziale Sicherungssysteme im globalen Wettbewerb, Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung des Instituts für Volkswirtschaftslehre und Statistik Nr. 592-00, <http://www.vwl.uni-mannheim.de/institut/papers/592.pdf>.

Braithwaite, K. (2001), The Influence of Three Different European Welfare States Upon the Development of Rural Women's Groups, Centre for Rural Economy Working Paper Nr. 61.

CSO (2006), Census 2006 – Preliminary Report, <http://www.cso.ie/census/documents/2006Commentary.pdf>.

Davidsson, P., M. Henrekson (2002), Determinants of the Prevalance of Start-ups and High-Growth Firms, in: Small Business Economics, Bd. 19(2), S. 81-104.

Draxler, J. (2006), Globalisation and Social Risk Management in Europe – A Literature Review, ENEPRI Research Report No. 23.

EEAG (2007), The EEAG Report on the European Economy 2007, <http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/B-politik/70eeagreport>.

Esping-Andersen, G. (1989), The Three Political Economies of the Welfare State, in: Canadian Review of Sociology and Anthropology, Band 26(1), S. 10-36.

Esping-Andersen, G. (1990), The Three Worlds of Welfare Capitalism, Oxford.

Europäische Kommission (2004), The Social Situation in the European Union 2004 – Overview, http://ec.europa.eu/employment_social/social_situation/docs/ssr2004_brief_en.pdf.

Europäische Kommission (2005), Europäische Werte in der globalisierten Welt – Beitrag der Kommission zur Tagung der Staats- und Regierungschefs im Oktober 2005, http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/COM2005_525_de.pdf.

Europäische Kommission (2006), The Impact of Ageing on Public Expenditure: Projections for the ER-25 Member States in Pensions, Healthcare, Long-Term Care, Education and Unemployment Transfers (2004-50), European Economy, Special Report No. 1/2006, http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2006/eesp106en.pdf.

Europäische Kommission (2007), Europe's Demographic Future: Facts and Figures, Commission Staff Working Document,
http://ec.europa.eu/employment_social/social_situation/docs/sec_2007_638_en.pdf.

Fehn, R. (2001), Ist die Globalisierung der Totengräber nationaler Sozialpolitik?, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Diskussionspapier Nr. 43, <http://www.vwl.uni-wuerzburg.de/fileadmin/12010400/diskussionsbeitraege/dp43.pdf>.

Ferrara, M. (1998), The Four Social 'Europes': Between Universalism and Selectivity, in: M. Rhodes, Y. Mény (Hrsg.), The Future of European Welfare – A New Social Contract, Hampshire, S. 81-96.

Hagenaars, A., K. de Vos (1988), The Definition and Measurement of Poverty, in: Journal of Human Resources, Band 23(2), S. 211-221.

Iversen, T. (2005), Capitalism, Democracy and Welfare, Cambridge, New York, Melbourne.

Johnsson, R.C.B. (2004), Economic Freedom in Sweden 1950-2002,
http://www.ratio.se/pdf/wp/rj_sefi.pdf.

Klodt, H. (1999), Internationale Politikkoordination: Leitlinien für den globalen Wirtschaftspolitiker, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 343.

Korpi, W., J. Palme (1998), The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality and Poverty in the Western Countries, Luxembourg Income Study Working Paper No. 174, <http://www.lisproject.org/publications/liswps/174.pdf>.

Lindbeck, A. (2001), Changing Tides for the Welfare State, Institute for International Economic Studies, Seminar Paper No. 694,
<http://www.iies.su.se/publications/seminarpapers/694.pdf>.

Lindbeck, A. (2006), The Welfare State – Background, Achievements, Problems, IFN Working Paper No. 662.

Lindert, P.H. (2003), Why the Welfare State Looks Like a Free Lunch, NBER Working Paper No. 9869, <http://www.nber.org/papers/w9869>.

Lindert, P.H. (2004a), Social Spending and Economic Growth Since the Eighteenth Century – Growing Public – Volume I: The Story, Cambridge, New York, Melbourne.

Lindert, P.H. (2004b), Social Spending and Economic Growth Since the Eighteenth Century – Growing Public – Volume II: Further Evidence, Cambridge, New York, Melbourne.

Lindert, P.H. (2006a), The Welfare State is the Wrong Target: a Reply to Bergh, in: Econ Journal Watch, Bd. 3(2), S. 236-250,
<http://www.econjournalwatch.org/pdf/LindertReplyMay2006.pdf>.

Lindert, P.H. (2006b), Second Reply to Bergh, in: Econ Journal Watch, Bd. 3(3), S. 461-465, <http://www.econjournalwatch.org/pdf/Lindert2ndReplySeptember2006.pdf>.

Pflüger, M., J. Südekum (2005), Die Neue Ökonomische Geographie und Effizienzgründe für Regionalpolitik, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Bd.74(1), S. 26-46.

Rodrik, D. (1997), Has Globalization Gone Too Far?, Washington.

Rodrik, D. (1998), Why Do More open Economies Have Bigger Governments?,

Sapir, A. (2005a), Globalisation and the Reform of European Social Models, Background document for the presentation at ECOFIN Informal Meeting in Manchester, http://www.bruegel.org/Files/media/PDF/Publications/Papers/EN_SapirPaper080905.pdf.

Sapir, A. (2005b), Globalisation and the Reform of European Social Models, Bruegel Policy Brief 2005/01, http://www.bruegel.org/Public/fileDownload.php?target=/Files/media/PDF/Publications/Policy%20Briefs/PB200501_SocialModels.pdf.

Schuster, S., R. Vaubel (1996), Europäische Sozialpolitik, in: R. Ohr (Hrsg.), Europäische Integration, Stuttgart, Berlin, Köln, S. 173-199.

Sinn, H.-W. (2006), Der skandinavische Trick, ifo Standpunkt Nr. 80, http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/B-politik/05stp/stp?item_link=stp080.htm.

Tanzi, V., L. Schuknecht (2000), Public Spending in the 20th Century – A Global Perspective, Cambridge.

Tiemann, A. (2006), Stability of Gosta Esping-Andersen's "The Three Worlds of Welfare Capitalism", Luxembourg Income Study Working Paper Nr. 449.

Zimmermann, K.F. (2004), European Labour Mobility: Challenges and Potentials, IZA Discussion Paper No. 1410, <http://opus.zbw-kiel.de/volltexte/2005/3143/pdf/dp1410.pdf>

Seit 2005 erschienen:

- Nr. 99 **Wie motiviert man Unternehmertum in Deutschland?**,
von Norbert Berthold, Matthias Kullas und Michael Neumann, 2007
- Nr. 98 **Motivatoren und Demotivatoren für Unternehmer im deutschen Maschinen- und Anlagenbau**,
von Norbert Berthold, Matthias Kullas und Michael Neumann, 2007
- Nr. 97 **Von der (Un-)Möglichkeit ausgeglichener Haushalte**,
von Norbert Berthold und Daniel Koch, 2007
- Nr. 96 **Die Zukunft der Arbeit – Verdopplung, Entkopplung, regionale Divergenz?**,
von Norbert Berthold, Michael Neumann und Jupp Zenzen, 2007
- Nr. 95 **China's Booming Economy – Does the Federal Order Foster Growth?**,
von Norbert Berthold und Holger Fricke, 2007
- Nr. 94 **Der Länderfinanzausgleich – wie sehr schadet er, wie sollte er reformiert werden?**,
von Norbert Berthold und Holger Fricke, 2007
- Nr. 93 **Auswirkungen der finanziellen Ausgleichssysteme in Deutschland, Studie für das Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg, Februar 2007**,
von Norbert Berthold und Holger Fricke, 2007
- Nr. 92 **Einwohnerschwäche als Stärke – Dezentralisierung als Rezept für eine maßgeschneiderte Politik**,
von Norbert Berthold und Holger Fricke, 2006
- Nr. 91 **Kleine Bundesländer – Achillesferse des Föderalismus?**
von Norbert Berthold, Holger Fricke und Andreas Müller, 2006
- Nr. 90 **Small is beautiful – Kleine Gebietskörperschaften erfüllen die politischen Präferenzen besser!**
von Norbert Berthold und Holger Fricke, 2006
- Nr. 89 **Unternehmer – der Treibstoff des Wachstumsmotors!**
von Norbert Berthold und Matthias Kullas, 2006
- Nr. 88 **Europas Sozialstaaten im Schatten der Globalisierung**
von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2006
- Nr. 87 **Die Tertiarisierung der deutschen Wirtschaft – Was treibt den Strukturwandel an, und was bringt er?**,
von Michael Grömling, 2006

- Nr. 86 **Agglomeration and the Case of Germany: How to Help the Lagging East**
von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2006
- Nr. 85 **Do Larger Nations Have Higher Unemployment Rates?**,
von Michael Neumann, 2006
- Nr. 84 **Wachstumsschwäche in Europa – Wege aus der Stagnation**,
von Norbert Berthold und Jupp Zenzen, 2005
- Nr. 83 **Föderalismus und Wachstum – Eine vernachlässigte Beziehung**,
von Norbert Berthold und Holger Fricke, 2005
- Nr. 82 **Globalisierte Spielermärkte: Ein Problem für den deutschen Profifußball?**,
von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2005
- Nr. 81 **Arbeitsmarktpolitik in Deutschland – grottenschlecht oder nur schlecht?**,
von Norbert Berthold, 2005
- Nr. 80 **Standortwettbewerb der Bundesländer**,
von Norbert Berthold, Holger Fricke und Matthias Kullas, 2005
- Nr. 79 **Hartz IV – eine vertane Chance nutzen**,
von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2005
- Nr. 78 **Zahlt Deutschland drauf? – Was die Neue Ökonomische Geographie der deutschen Politik für die Verhandlung um den europäischen Etat mit auf den Weg geben kann**,
von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2005
- Nr. 77 **Wege aus der institutionellen Verflechtungsfalle – Wettbewerb oder Kooperation?**,
von Norbert Berthold, 2005
- Nr. 76 **Lokale Solidarität – die Zukunft der Sozialhilfe?**,
von Norbert Berthold und Sascha von Berchem, 2005
- Nr. 75 **Der gemeinsame Europäische Fußballmarkt– benötigt Deutschland eine Ausländerklausel?**,
von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2005